

Saale-Beitung.

Stechenbergsches Verlagsamt.

Anzeigen
geben die Spaltenzahl oder den Raum mit 30 Bl. folche mit 20 Bl. berechnet und in der Geschäftsstelle, G. Wilschroße 63, 1 sowie von unsern Annoncen-Expeditoren angenommen. Bekannter die Seite 75 Bl.

Erscheint wöchentlich fünfmal; Sonntags und Feiertagen einmal, sonst pünktlich.

Redaktion und Druck-Geschäftsstelle: Halle, G. Wilschroße 63, 1. Preis: 24. Annoncen-Geschäftsstelle: G. Wilschroße 63, 1; Leipziger Str. 190 n. 191.

Nr. 226.

Halle a. S., Donnerstag, den 14. Mai

1908.

Die indirekten Steuern in Deutschland.

Aus parlamentarischen Kreisen schreibt man uns: Professor Laband hat in einer Broschüre nachgewiesen, daß das Reich verfassungsmäßig durchaus berechtigt ist, direkte Steuern zu erheben, die Bundesstaaten also zu keinem Einpruch berechtigt sind. Aber er ist der Meinung, daß es dem Wesen des Deutschen Reiches als eines Bundesstaates entspreche, den einzelnen Staaten die direkten Steuern zu überlassen, deren sie zur Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben bedürften. Darum ist er der Meinung, das Reich müsse sich mit indirekten Steuern begnügen lassen, schimmernfalls möge es vielleicht auch noch die Erbschaftsteuer in Anspruch nehmen.

Ob es möglich sei, aus indirekten Steuern die nötigen Mittel zu entnehmen, die Frage stellt er gar nicht; diese Frage ist aber die wesentlichste.

Die meisten Deutungen sei ohne weiteres mit „Ja“.

Legt nur tüchtige Steuern auf Tabak und Bier; die Deutschen trinken und rauchen ja so viel und leidenschaftlich, sie werden auch die höheren Steuern zahlen.

Wenn sie können! Zur Zahlung von indirekten Steuern kann niemand gezwungen werden, er muß freiwillig zahlen. Ob er zum zahlen, d. h. zum Verbrauch steuerpflichtiger Gegenstände bereit ist, das hängt nicht bloß davon ab, ob er Lust dazu hat, sondern auch, ob seine Mittel dazu reichen. Dieser Artikel ist Luxusgegenstände, die man entbehren kann, und man wird sie entbehren müssen, ganz oder doch zum Teil, wenn man sein Geld für notwendige Dinge verwenden muß.

Nun ist der Deutsche nicht bloß mit Steuern für Bier und Tabak belastet, sondern mit einer Menge von hohen Zöllen und Steuern auf die notwendigen Bedürfnisse: Getreide, Vieh, Eisen, Petroleum, Kleiderstoffe, Leder, usw. usw.; es gibt fast keinen Verbrauchsgegenstand, der nicht so oder so belastet ist. Die vom Reiche erhobenen Zölle und Steuern machen etwa 17-18 Mark auf den Kopf aus, also für eine fünfköpfige Familie etwa 90 Mark. Aber dazu kommt noch die Steuer, die ebenso wie die an das Reich zu zahlende in dem Preise der verbrauchten Gegenstände entrichtet wird, aber nicht in die Tasche des Reiches, sondern Privatere kommt, die Steuer für die durch die Schutzpolitik verteuerten inländischen Gegenstände, insbesondere das Getreide, aber auch viele Industrieartikel. Man wird bei sehr vorsichtiger Rechnung auf ungefähr den gleichen Betrag von 18 Mark pro Kopf kommen. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, daß allein auf den verbrauchten inländischen Roggen und Weizen, etwa 1400 Millionen Tonne, ungefähr 700 Millionen Mark Besteuerung durch den Zoll kommen, da um diesen der Preis gesteigert ist. Dazu Getreide, Forst, Eisen, Maschinen usw.; also im ganzen kommen etwa 36 Mark Steuern und Zölle

auf den Kopf und 180 Mark auf die Familie von fünf Köpfen.

Und diese Belastung fällt in vollem Betrage gerade auf die Unbemittelten, weil sie eben notwendige, ihnen unentbehrliche Gegenstände trifft. In guten Zeiten drückt diese Last schon schwer; wenn aber die Preise der Lebensmittel — ganz abgesehen von der Verteuerung durch den Zoll — ohnehin hoch sind, wie im letzten Jahre, und wenn der Verdienst geringer wird, wie jetzt, dann wird sie fast unerträglich!

Und nun soll sie noch schwerer werden? Aber, wird man erwidern, sie soll ja Bier und Tabak treffen und die kann man ja entbehren. Richtig, man wird sie entbehren, d. h. sie nicht oder in geringerer Maße verbrauchen, und dann bringt die Steuererhöhung wenig oder nichts oder verringert gar den früheren Ertrag.

Man gerät sich gern für hohe Steuern und Zölle auf Tabak und Bier auf England. Dieses hat allerdings mit über 700 Millionen Mark das Bier, mit etwa 300 Millionen Mark den Tabak belastet, während Deutschland im Etat für 1908 für Bier allerdings nur 62 Millionen und für Tabak etwa 100 Millionen eingestellt hat, dazu kommt die Biersteuer für Süddeutschland mit etwa 60 Millionen. Alles in allem tragen also Tabak und Bier etwa 220 Millionen. Über England verleiht außerdem nur den Wein, Zucker und Tee und einige unerhebliche Gegenstände mit etwa 200 Millionen Mark. Es kennt keine Zölle und Steuern auf tägliche Lebensbedürfnisse, Getreide, Mehl, Vieh, Fleisch, Eisen, Holz, Petroleum usw., an denen die deutsche Bevölkerung, besonders die ärmere, schwer trägt, da diese Dinge einen außerordentlich großen Teil ihres Gesamtverbrauches ausmachen. Der Engländer braucht gar keine oder nur geringe indirekte Steuern zu zahlen, weil er die mit ihr belegten Gegenstände gar nicht oder nur in geringem Maße nötig hat, also nicht zu verzehren braucht; seine indirekte Steuerlast ist also, wenn er sparen will, nur niedrig, er kann aber für Tabak, Bier, Zucker mehr ausgeben, weil er keine andere Steuer zu zahlen hat. Darum wachsen deren Erträge fortwährend, ohne daß die Steuerhöhe erhöht werden, bei uns bringen erhöhte Sätze nicht viel ein, weil der Deutsche anderweitig so schwer belastet ist.

Bundesrat und Schatzsekretär werden sich in den nächsten Sommertagen damit plagen, neue Steuern zu finden oder alte zu erhöhen. Das ist nicht zu schwer, und es steht ja auch nicht an Projekten. Die schwierigere Frage ist, zu ermitteln, in welchem Umfange die Steuererhöhungen wirksam werden, d. h. wie sich der Verbrauch zu ihnen verhält. Alle Steuern werden aus derselben Tasche bezahlt, und wenn die Tasche leer ist, dann ist aus ihr nichts mehr zu holen.

Unsere finanzielle Not liegt weit tiefer, als daß ihr mit einigen Steuererhöhungen abgeholfen werden könnte.

Deutsches Reich.

Gef. und Personalnachrichten.

— In Mainz wird der Kaiser Mitte August eine große Truppenparade abhalten.

— Reichsstatthalter Fürst Bälou wird morgen nach Wiesbaden reisen, um dem Kaiser dort Vortrag zu halten.

— Aus Marienwerder (Westpreußen) wird berichtet: Der Kammerherr v. Müllen auf Sohnow ist als Mitglied des Herrenhauses auf Lebenszeit berufen worden.

Ein protestantischer Schulkreis.

In Annetlingen (Loth.) einem der aufstrebenden Orte des Erzgebirges, hat man die Schulkinder der zugewanderten Protestanten in einer von zahlreichen Italienerfamilien bewohnten — Wiestafelne untergebracht. Von dem „Schulhof“ heißt es in der „Straßb. Bürgerzeitg.“:

„Die Mädchen, große und kleine, benutzen einen Aort mit den Italienern! Im Saussur und sonst an Wänden sind Zeichnungen objektiv Art in Hülle und Fülle! Extremste von Menschen und Vieh lagern auf und unter den Bänken! Durch die Decke strömt der Regen, nämlich der Inhalt der Gefäße der Nacht, Wasserdampf usw. Dazu ein Geräusch und ein Lärm, einfach schauerhaft! Kein Hof zum Spielen, keine Luft zum Atmen, je zwei Kinder auf einem Sitz und dabei 75 Schüler. Dann, durch einige Bretter von den Schulkämen getrennt, eine Küche mit Kindern und Gerichten.“

Wenn diese Schilderung stimmt, dann kann man es den Eltern wirklich nicht verdenken, daß sie ihre Kinder aus diesem „Schulhof“ fernhalten wollen. Da die Behörden ihnen die Hilfe verweigert hat, haben sie jetzt den „Schul-Kreis“ proklamiert, und es wird ein recht tüchtiges Licht auf die Lage dieser protestantischen Schulgemeinde, daß die zuständige Kreisdirektion jetzt nach Sedma F mit Straferfügungen den Widerstand der Eltern zu brechen sucht.

Wider die guten Sitten.

In den jüngsten Reichstagsverhandlungen hat das Wort von den guten und nützlichen Sitten bei der Erörterung über die Pensionen der großindustriellen Werte eine große Rolle gespielt. Es ist deshalb von Interesse, den Wortlaut des Urteils kennen zu lernen, das die II. Zivilkammer des Reichsgerichts zu Aachen am 2. Mai d. Js. in Sachen der Krupp'schen Pensionisten gefällt hat. In den Gründen dieses Urteils heißt es, wie wir in der „Köln. Zig.“ lesen:

Endlich aber ist nicht ersichtlich, inwiefern die Bestimmung des § 15 des Statuts den guten Sitten widersprechen sollte. Zunächst ist es eine verfassungsmäßige Not-

Feuilleton.

Wagneriana.

Ein Brief Wagners über die Art seines Produzierens.

Das Richard Wagner-Museum zu Eisenach ist dieser Tage in den Besitz eines Briefes gelangt, dessen Inhalt für jeden Musik- und Wagnerfreund von außerordentlichem Interesse ist. Es ist ein handschriftliches Richard Wagners, vom 20. Juni 1842 datiert, also aus der ersten Zeit seines am fruchtbarsten Erfolges so überaus reichhaltigen Aufenthaltes (April 1842 bis Mai 1849), und ist an den 1867 verstorbenen damaligen Hofrat Dr. Gustav Klemm gerichtet.

Der Brief amiet wieder von der gewaltigen Arbeitslast, die Wagner mit der Einführung von „Rienzi“ übernommen hätte (Einführung 20. Oktober 1842), und läßt die etwas gereizte Stimmung durchblicken, in der sich der spätere Nachfolger Raffels durch das scheinbar kühle Verhalten des großen Publikums dem „Hilfenden Holländer“ gegenüber befand. Er lautet:

Hochgeehrter Herr,

nehmen Sie meinen höchsten Dank für Ihr freundliches Entgegenkommen und für die Teilnahme, die Sie für mein geringes Talent gegen mich ausprechen; Sie haben mich umjomehr dadurch erfreut, als Sie diese Teilnahme einer meiner Arbeiten (dem stehenden Holländer) zuwenden, welche bis jetzt wenigstens vor dem Dresdener Publikum ungleich weniger glücklich war, als mein allerdings glänzender „Rienzi“, trotzdem ich meinem Bewußtsein nach eine höhere künstlerische Eigentümlichkeit innewohnt; jedoch diese eben ist es wohl nicht, welche die große Masse auszufinden aus-

Über die eigentliche Verfassung Ihrer werthen Mitteilung hätte ich wohl gewünscht, mich mündlich mit Ihnen besprechen zu können; da ich aber gegenwärtig durch den widerlichsten Druck übermäßig in Anspruch genommen bin, was mich wirklich sehr bedrückt, Ihnen zunächst meinen Besuch zu machen, muß ich wohl in Kürze Ihnen meine Antwort schriftlich erteilen. Die Art meines Produzierens dramatischer Arbeiten, in welcher ich nicht nur eine Musik, sondern ein ganzes musikalisches Drama mache, ist mir gegenwärtig so zur Natur geworden, daß ich mich nur mit dem Gedanken,

ein fremdes dramatisches Gedicht in Musik zu setzen, durchaus nicht mehr vertraut machen könnte, sondern daß ich für die Zukunft darin die ganze Mühseligkeit, die ich je zu erlangen befähigt sein dürfte, erkenne. Ich habe die innige Ueberzeugung gewonnen, daß wenn dem „Opernman“ unserer Zeit gegenüber dieser Gattung der „Rienzi“ noch etwas Bedeutendes und für die Geschichte der Kunst Günstiges erwachsen soll, dies nur durch die Vereinigung des Dichters und Musikers in einer Person geschehen kann. Sie werden auf dem alten Wege im günstigen Falle immer nur eine gute Dichtung und eine gute Musik erhalten, nie aber ein edles musikalisches Drama, wie ich denn überhaupt nicht begreifen kann, wie zwei Künstler ein Handwerk produzieren sollten. Ich finde darin, daß ich einen Stoff erfaßte, der nur mit gelommen ist, daß ich ihn auf eine Weise ausbildete, in der ich selbst nicht mehr unterscheiden kann, wo der Dichter und wo der Musiker wirkt, und daß ich ihn endlich so vollende in Wort und Ton, wie er mir ursprünglich in Wagner's Anrufen erschienen ist, meine ganze produktive und zumal auch musikalisch-produktive Kraft begründet. Zudem bin ich stets so reichlich mit Entwürfen für die Zukunft versehen, daß ich bei der zeitraubenden Unmöglichkeit, die die Vollendung einer Oper kostet, zu fürchten habe, dereinst manden unangeführten Entwurf mit in das Grab nehmen zu müssen.

Möge mir es daher die verehrte Dichterin, in deren Namen Sie mich befragen, um des Simmels willen nicht als Geringfügigkeit ansehen, wenn ich von vornherein Ihnen nur sehr schmeichelhaften Antrag ablehne. Soffentlich finde ich noch und zwar bald Gelegenheit, mich mündlich noch umständlicher wegen dieser meiner Antwort an Sie zu rechtfertigen. In dieser Hoffnung und mit dem herzlichsten Danke für Ihre große Freundlichkeit, verbleibe ich

hochachtungsvoll

Ihr ergebenster

Richard Wagner.

Dresden, 20. Juni 1842.

Einschuldigen Sie die Nachschrift!

Sieht sucht einen Text; sollte die verehrte Dichterin sich nicht geneigt finden lassen, sich diesem mitzutun?

Wagner und Herkomer.

Gelegentlich eines Vortrages über Malerei, welchen Professor Hubert Herkomer vor einigen Tagen an der

Universität Oxford hielt, erzählte der berühmte deutsch-englische Maler eine Wagner-Anecdote, welche bisher noch unbekannt war.

Der große Komponist, so plaudert Herkomer, leitete zum erstenmal in England eine Aufführung seiner Hauptprobe, und ich hatte es mir in den Kopf gesetzt, sein Porträt zu malen. In diesem Vorhaben wurde ich von einigen Freunden der Wagnerschen Musik unterstützt, welche mir alle möglichen Gelegenheiten gaben, den Meister oft und viel zu sehen. Wagner war aber während seines Londoner Aufenthalts dermaßen mit Arbeit überhäuft — wozu noch die vielen gesellschaftlichen Verpflichtungen kamen, daß er mir meine Bitte — mir doch ein einziges Mal zu sehen — abschlug. Alles andere will ich für Sie tun, mein lieber Herkomer, sagte er, was Sie auch von mir für Gefälligkeiten verlangen mögen, aber zu einer Aelterstüchtlerei trage Sie sich nicht. Ich war hartnäckig, behetzte mich an seine Sofaken, machte ihm Besorgungen, frühstückte mit ihm, weckte ihn des Morgens aus dem Schlafe, ging in die Oper, wenn er dirigierte, half ihm bei seiner Korrespondenz — ich kann noch sagen, das ich später war, als der ähste Reporter oder der tüchtigste Verhörungsagent. Alles umsonst. Als ich endlich einmah, daß ich mein Ziel nicht erreichen würde, da außerdem der Londoner Aufenthalt Wagners sich dem Ende zuneigte, stand ich eines Morgens sehr früh auf, hützte mich auf meine Palette und auf meine Farben, und begann mit dem Mut der Verzweiflung aus dem Gedächtnis Wagners Porträt zu malen. Ich darf wohl sagen, daß ich mein Bestes tat, daß ich mir mit größter Mühe den Wagner zu vergegenwärtigen suchte, den ich die ganzen Tage hindurch gesehen, beobachtet, studiert hatte. Ich arbeitete bis zum Abend, und nach einer beinahe schlaflosen Nacht erbob ich mich wieder, als die Sonne kaum aufgegangen war und arbeitete weiter. Am Abend war das Porträt fertig. Meine Freude war unbeschreiblich — ich fand es gelungen und mit vor Etwas geschwollener Brust eilte ich zu Wagner. Er war gerade aus der Oper nach Hause gekommen und machte ein erkanntes Gesicht, als er mich nach zweitägiger Abwesenheit wieder sah. — „Ich dachte schon, Sie wären mir untreu geworden.“ — „Im Gegenteil!“, erwiderte ich, „Meister ich habe mich noch nie so intensiv mit Ihnen beschäftigt, wie gerade in den letzten Tagen.“ Und ich festgeblickt ansehend, enthielt ich sein Porträt. Welche Enttäuschung harnte meiner. — „Großartig, wirklich großartig!“ — rief Wagner einmal um das andere — „genau so habe ich mir immer auszuweisen gewünscht!“

wendigkeit, daß durch das Verfallen von Beiträgen ausbleibender Mitglieder diejenigen Mittel disponibel werden, die erforderlich sind, um die Pensionen zu bezahlen. Es entspricht auch durchaus der Stellung der Pensionisten als einer Klasse zur Siderstellung von Gruppen von Arbeitern, daß nur die Arbeiter so lange an ihren Wohnstätten teilnehmen, als sie noch in einem Arbeitsverhältnis zur Firma befinden. Einmal ist es ein nur den guten Sitten entsprechendes Prinzip, daß der Einzelle seine Kräfte entsprechend zu Gunsten der Allgemeinheit Opfer zu bringen hat. Die Bestimmung, monach auch bei Entlassung des Arbeiters durch die Firma dessen Beiträge zugunsten der Klasse verfallen, mag in einzelnen Fällen eine Härte für den Arbeiter enthalten, den guten Sitten aber widerspricht sie aus den vorangeführten Gründen nicht. Dies um so weniger, als bei dem Wiedereintritt eines wegen Arbeitsmangels entlassenen Arbeiters ihm auf seinen Antrag die verfallene Dienstzeit auf die Karenzzeit anzurechnen ist, und als die Beiträge der Arbeiter außerordentlich gering (1 Prozent vom Lohn) sind. Demnach wird der Arbeiter durch diese Maßregel in keiner Weise unbillig bestraft. Daß aber die Firma diese Maßregel in unbilliger Weise ausbeutet, indem sie Arbeiter aus unangenehmen Motiven entlassen und so um ihre Mitgliedschaft an der Klasse, sowie ihre Beiträge gebracht hätte, haben die Kläger selbst nicht behauptet wollen. Auch der Umstand, daß ein Arbeiter, um seine eingezahlten Beiträge nicht zu verlieren, unter unangenehmen Arbeitsverhältnissen eventuell bei der Firma bleibt, kann die Bestimmung nicht zu einer unbilligen machen. Auch andere Teile der Bevölkerung sehen sich oft in der Notwendigkeit verfehlt, abzuwägen, welcher Schritt ihnen mehr Vorteile bringt, und sind aus dieser Bewegung heraus oft geworden, Unannehmlichkeiten auf sich zu nehmen, um sich Vorteile zu erhalten. Überdies ist die Bestimmung des Statuts über das Ausschließen der Arbeiter und den Verlust der Beiträge nicht den guten Sitten, so ist der Beschluß des Beirats zur Pensionistenliste von den Klägern eingegangene Vertrag gültig und die Befugnisse nicht verpfändet, die für die Klasse zur Durchführung der Pflichten der Kläger zu ersehen. Es war daher das Urteil des Kreis-Gewerbegerichts zu Werra unbillig und die Klage abzuweisen.

Die Grundzüge des neuen Lehrerbildungsgesetzes.
 Ueber die Grundzüge des neuen Lehrerbildungsgesetzes, wie sie die Regierung im letzten Winter veröffentlicht hat, erzählt die „Völkische Ztg.“:
 Es ist beabsichtigt, vier Gehaltsklassen zu schaffen. Zur ersten Klasse sollen die Schuldirektoren bis zu 5000 Einwohnern gehören, zur zweiten die mit 5001 bis 10000, zur dritten die mit 10001 bis 40000 und zur vierten die mit mehr als 40000 Einwohnern. Es soll die in der jedesmaligen letzten Volkszählung ermittelte Zahl der Zivilbevölkerung zugrunde gelegt werden.
 Das Grundgehalt soll betragen:

	für Lehrer	für Lehrerrinnen
in Klasse 1:	1350 Mk.	1050 Mk.
„ 2:	1350-1400 „	1050-1150 „
„ 3:	1400-1450 „	1100-1150 „
„ 4:	1400-1650 „	1150-1350 „

Die Festsetzung des Grundgehalts in den ersten drei Klassen innerhalb der gesetzlichen Mindest- und Höchstgrenzen soll den Schulverhältnissen überlassen sein, ohne daß es einer Genehmigung der Schulauflaufsbehörde bedarf. Die Schulverträge, die zur vierten Gehaltsklasse gehören, sollen befristet sein, das Grundgehalt auch höher als 1650 Mk. festzusetzen, doch bedarf ein solcher Beschluß der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Bei der Entlassung dieser Anstalts sollen die Leistungsfähigkeit und die besonderen Verhältnisse des Schuldirektors, weiter aber auch die allgemeinen Interessen des gesamten Volksschulwesens berücksichtigt werden. Erhöhungsbeschwerden, durch die die Einheitspflicht der Grundgehalts im Bezirk oder Staat in einer Richtung verlegt wird, sollen nicht zulässig sein, die Genehmigung verweigert werden. Gegen diese Verfügung soll den Schulverhältnissen Beschwerde beim Provinzialrat zulässig sein.

Fingerringe für die Schulen.
 In einem Erlasse über die Gewährung laufender Erhaltungszuschüsse zu den Unterhaltungskosten neu einzurichtender Schulen oder Schulstellen hat der Kultusminister den Regierungen Fingerzeige über die zweckmäßige Erregung neuer Maßnahmen gegeben. Danach soll in jedem einzelnen Falle die Frage sorgfältiger Prüfung unterzogen werden, in welcher Weise den meist in Ueberfüllung bestehenden Unterrichts an diesen abgeholfen werden kann. Besonderen Wert legt der Kultusminister darauf, daß zunächst auf die Abklärung aller weiter Schulwege Bedacht genommen und deshalb in jedem einzelnen Falle erörtert wird, ob nicht statt der Erweiterung der bestehenden Schule die Errichtung einer neuen Schule vorzuziehen ist. Dabei soll stets auf die Möglichkeit geachtet werden, durch Einbeziehung von Teilen benachbarter Schulverbände etwaige in diesen letzteren bestehende Uebellstände gleichzeitig durch die geplante neue Schuleinrichtung zu beseitigen. Sofern es sich um die Errichtung einer neuen Konfessionsschule auf Grund des § 39 des Volksschulunterrichtsgesetzes handelt, soll dem Minister angegeben werden, ob die im § 39 Abs. 1 und 5 gedachten gesetzlichen Voraussetzungen für die Errichtung der neuen Schule gegeben sind. Bei der Errichtung neuer Schulen aus nationalen Gründen sollen die Gesichtspunkte, die die neue Einrichtung wünschenswert erscheinen lassen, dargestellt werden. Bei allen Anträgen, die sich auf Schulen in gemeinschaftlichen Bezirken beziehen, soll die Möglichkeit der gemeinsamen Beschaffung der ihnen zuzuwendenden Mittel angegeben werden. Einmal ist gelegentlich erörtert werden, ob es angezeigt erscheint, die neuen Stellen als Lehrerrinnenstellen einzurichten.

Die Lehrer in Braunschweig.
 In der Mittwoch-Sitzung der Braunschweiger Land- und Provinzialversammlung wurde der Bescheid über die Regelung der Lehrerverhältnisse der Lehrerinnen angenommen unter Berücksichtigung der Mieterschutz für die Einstellung vom 25. auf das 23. Lebensjahr. Der Stadt Braunschweig soll das Recht belassen werden, über die im Bescheid festgelegten Gehaltsstufen hinauszugehen.

Ein Dementi erboten!
 Zur Hofjournalisten-Fest hat, wenn die „Frankf. Ztg.“ recht berichtet ist, auf besonderen Wunsch der Pariser Presse Spezialkorrespondenten entsandt! Wenn das wahr ist, so muß nach dem Echo, das ganz jüngst

erst die allzu heftige Feieler der dreißig Pariser Studenten in Paris gehabt hat, der Wunsch der deutschen Hofgesellschaft — gleichwohl, ob er ihrer eigenen Initiative entsprungen oder ihr von anderer Seite suggeriert worden ist — als außerordentlich unangebracht, ja, geradezu als belächelnd angesehen werden. Wären denn immer und immer wieder Gleichwürdigkeiten aufdrängen, die niemand wünscht? Und nun gar eine Einladung von Franzosen zu einer Erinnerungsfest der deutschen Vergangenheit? Gerade im Elßaß? — Ein Dementi wird dringend erbeten.

Zum Empfang der französischen Studenten in Berlin

schreibt die „Kartell-Zeitung des Sondershäuser Verbandes Deutscher Studentengangsvereine“:
 Nicht der — an sich ja utopische — Gedanke einer „Auslösung“ zwischen Deutschland und Frankreich ist hier gepflegt: der alte deutsche Erbeslehre des untertänigen Dieners vor allem Fremden, namentlich vor allem Französischen, hat wahre Orgel geliebt, die zuletzt selbst der geduldigen deutschen Presse zuviel gemordet sind. Und was meines Erachtens das Schlimmste ist: die französischen Gäste haben selbst mit seiner Propaganda zu arbeiten gegeben, wie aber ihnen das ganze Tun und Treiben in Berlin vorgetragen ist. Die jungen Leute sind überall empfangen, wie etwa fremde Fürstlichkeiten. Bei einem der zahllosen Festmahle, die sie über sich ergehen lassen mußten, bemerkte ihr Führer, Professor Anber, sehr treffend, „der luxuriöse Ueberflang läme eher einer Schar Diplomaten als jungen Akademikern zu“. Alle Sammlungen, alle Schiffe haben sich ihnen aufgetan, und wo der Deutsche von einem mürrischen Kaffeehaus zurechtgefunden wird, finden hohe Staatsbeamte und Wärdenträger, um den jungen Franzosen ihre Kourtoisie zu machen. Der Rektor der Universität, Vertreter mehrerer Ministerien, der Direktor des Reichsgesamts — kurz: ein Apparat war aufgeboden, der unter gewöhnlichen Umständen nur bei förmlichen Besuchen in Tätigkeit tritt. In einer Reihe von Zeitungen heißt es, man hätte die französischen Studenten durch deutsche Studenten empfangen lassen sollen, denn an den Kneipstischen der Verbindungen würden sie sich wohl gefühlt haben, als bei den Champagnerdiners der Diplomaten. Das mag richtig sein; aber es ist besser, daß die Berliner Studentenschaft — so weit sie übersehe bis auf Freistudentenschaft und „Motto“ — sich ferngehalten und sich nicht zum Mißgünstigen an dieser unwürdigen Liebedienerei gemacht hat. Mit weichen Gefühlen mögen die jungen Herren nach Frankreich zurückkehren? Sind es Gefühle hochachtender Bewunderung von deutscher Art, deutschem Fleiß, deutschem Geist? Was sie gesehen und gehört haben, war Fälschung und Macht, über die sie in der Heimat im besten Falle — lachen werden! Und was ist der positive Erfolg? Das sagt der gesunde Menschenverstand: wenn jemand die deutsche Servilität, die uns leider immer noch in den Gliedern heilt, so in Reinlichkeit geschäftigt heißt, verwehen die „Verbindungsgeanken“ wie Spreu im Winde.

Parteinachrichten.

— **Konservervater Bopst.** Daß die Verfechter des öffentlichen Wahlrechts die Frauen von dem „freien Mannesrecht“ nur im Munde führen, in Wirklichkeit aber entschlossen sind, ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Macht rücksichtslos auszunutzen, um alle, die von ihr abhängig sind, zu zwingen, gegen ihre Ueberzeugung zu stimmen, ist bekannt. Das „Schamgefühl“ hält sie dabei allerdings für die Regel davon ab, dies offen und vor aller Welt zu tun. Anders in dem freien Demokraten! Hier haben die Herren Agrarier unter Führung des Hofbesizers Bialer-Karolinenhof die Unverschämtheit gehabt, viele kleine Handwerker und Gewerbetreibenden in Kunden zu zwingen, unter Androhung des wirtschaftlichen Bankrotts aus dem dortigen „liberalen Verein“ auszutreten. — Gegen sozialdemokratischen Terrorismus wettern diese Herren in heiligem Eifer. Der von ihnen geübte Terrorismus aber ist ein Gott wohlgefälliges Werk. Das schlimmste im politischen Leben ist solche Heuchelei.

Allgemeine Mitteilungen.

— Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt die Meldung, daß Herr v. Lucanus im Sommer seinen Abschied zu nehmen gedente und daß Herr v. Loebel zu seinem Nachfolger aussuchen sei, für völlig aus der Luft gegriffen.
 — Die diesjährige ordentliche Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft findet am 22. Juni in Bremen statt. Tags zuvor wird eine Vorstandssitzung abgehalten werden. Am 23. Juni werden die Verhandlungen der gesellschaftlichen Erfordernisse 1. ein Antrag, die Schaffung einer kolonialen Erbschaftsgesellschaft für den ruhigen Bestand der Kolonien dringend erforderlich zu erklären und sie nach Kräften zu fördern. 2. Antrag des Ausschusses betreffend die Errichtung eines gemeinnützigen Kreditinstituts für Deutsch-Südwestafrika. (Referent für diese beiden Anträge: Chr. v. Bornhaupt). 3. Die Eingeborenfrage im Hinblick auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung unserer tropischen Kolonien. (Referent: Konig a. D. Wahlen und Stabsarzt a. D. Dr. Arning). 4. Ein Antrag auf Gründung eines Kolonialinvalidenfonds. (Referent: Graf Schepelins). 5. Ein Antrag, die Gründung einer Zentral-Vereinigung von Entlassenen und Eingeborenen für diese beiden Westkolonien zu empfehlen. 6. Ein Antrag, bei der Regierung Maßnahmen zur Erhaltung der Interessen in den Kolonien zu treffen.
 — Die Hauptversammlung des Verbandes polnischer Gewerbetreibender hat, wie uns aus Polen gemeldet wird, beschlossen, dort eine allgemeine polnische Gewerbeausstellung zu veranstalten.
 — Der Magistrat der Stadt München hat die Errichtung eines Krematoriums an dem Münchener Hofriedhof zur Ueberlassung an den Feuerbestattungsverein München“ beschlossen.
 — Gegenüber der „Frifk. Ztg.“ stellt die „Allg. Völkisch.“ fest, daß alle Professoren der Würzburger Fakultät, also auch Professor Werde, die Modernisten-Engpässe durch Unterschrift anerkannt haben.
 — Die Vertagung des jährlichen Landtages wird voraussichtlich am 4. oder 5. Juni erfolgen.
 — Aus Schöneberg (Merkelberg) wird gemeldet: Der Landtag für das Fürstentum Merseburg nahm den Vertagungsentwurf für beide Merseburger entgegen und vertagte sich, um in einer neuen Vertagung Stellung zu nehmen.

See und Flotte.

— Die im Anfang dieses Monats abgeschlossenen See- und Landkriegsübungen bei Malta sollten den Zweck er-

bringen und haben ihn erbracht, daß unter dem Schutze einer Flotte, die selbst Herr der See ist und in ihren Bewegungen in seiner Weise behindert wird, die Landung eines Expeditionskorps in irgendwelcher Flotte beunruhigt, daß eine Truppenabteilung in der Nacht an Land gesetzt wurde und eine besetzte Stellung einnahm. Der Besatzung der Insel, die gemäß der den Übungen zugrunde gelegten Idee erst am folgenden Morgen erlag, was geschah war, gelang es nicht, den Feind aus seiner besetzten Stellung herauszuwerfen. Annahme wurde in der folgenden Nacht unter dem bedenkenden Feuer der Flotte das Gros des Expeditionskorps mit Artillerie, Minieren, Trains usw. getödet. Damit war der vorgezeichnete Erfolg entfallen und das Schicksal der Insel entfallen. Voraussetzung für das Gelingen des Unternehmens war allerdings, daß die nicht genügend besetzte und bewachte Küste dem Angreifer die Möglichkeit bot, ungehindert eine große Truppenabteilung an Land zu bringen und so die folgenden Maßnahmen wirksam vorzubereiten.

Husland.

Dernburg in den englischen Kolonien.

Aus London wird gemeldet: Kriegsminister Habane hielt gestern Abend auf dem Jahresbericht des Zentralvereins der Bankiers, an dem auch Staatssekretär Dernburg teilnahm, eine Rede, in der er seine Freude über die Anwesenheit Dernburgs ausdrückte, der nach Südafrika gehe, um britische Einrichtungen zu studieren. Dernburg werde herzlich willkommen sein, und die britische Regierung hoffe, mit ihren langjährigen Erfahrungen auf diesem Gebiete, dem Staatssekretär eine kleine Unterstützung gewähren zu können, indem sie ihm Material alter kolonialer Zivilisation zeige, das wert sei, gesehen zu werden.

Begegnung des Königs von Belgien mit Kaiser Wilhelm?

Wie in Brüssel verlautet, beabsichtigt König Leopold, der zurzeit in Wiesbaden zum Kurgebrauch weilt, eine Begegnung mit Kaiser Wilhelm I. im herbstlichen. Kurz vor seiner Abreise nach Wiesbaden entging König Leopold, dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, mit knapper Not einem Eisenbahnunfall. Der königliche Zug, der vom Schloß Ciergnon nach Brüssel fuhr, wurde betrieblieh mit einem Zuge, der Kemperde nach Goeben abtransportierte, fahrlos. Nur im letzten Augenblick wurde der Unfall durch die königlichen Züge den Train zum Stehen zu bringen.

Die Telegraphenkonferenzen.

Aus Lissabon wird gemeldet: Die Mitglieder der Telegraphenkonferenz vereinigen sich gestern zur Hauptversammlung. Kräftig Pereira brachte die von der Handelskammer aus von zahlreichen portugiesischen Kaufleuten und Bankiers geäußerten Wünsche für Verbesserung der dem Handel genäheren Erleichterungen im telegraphischen Verkehr zur Sprache. Die Angelegenheit wurde der Kommission übergeben. Der englische Delegierte dankte im Namen aller Teilnehmer der Konferenz dem Könige und den fähigsten Behörden für den ihnen bereiteten Empfang. Pereira verabschiedete, das Entgegengenommene des Königs gegenüber den Vertretern der Nationen drückte die Gedanken der Regierung und die Empfindungen des Volkes aus.

Beiten und Buren in Südafrika.

Der auf die politische Einigung Südafrikas hingzielende Beschluß der Kapstädter Interkolonialen Zoll- und Eisenbahn-Konferenz wird namentlich von der Presse kritisiert, das in seiner Regierung von den Johannesburgern nicht unbedingte Zustimmung erregt, heftig bekämpft. Diese verlangt zur Vermeidung der Unterdrückung der kleineren Kolonien an Stelle der beschlossenen Vertretung der Kolonien im Verhältnis zu ihrer Größe numerisch gleiche Vertretung auf der Nationalkonvention. Das gleiche Verlangen äußern einige mauritanisch-britische Zeitungen der übrigen Kolonien, die eine Auslieferung der Zentralregierung an das dominierende Buren-Element befürchten. Darauf zielt auch ein anderes Verlangen hin, daß die Ernennung der Konventionsoberlegierten nicht durch die Regierungen, sondern in freier Volkswahl bestimmt werden sollte.

Zum Schutz der nationalen Hissquellen.

Präsident Roosevelt eröffnete in Washington die Konferenz zur Erhaltung der nationalen Hissquellen, die sich aus Gouverneuren und Sachverständigen verschiedener Bundesstaaten zusammensetzt. Der Präsident sagte in seiner Ansprache, man sei zusammengekommen, um eine Lebensfrage der Nation zu erörtern. Es sei das wichtigste Problem, das ihr gegenwärtig vorliege, da die natürlichen Hissquellen des Landes, die erbhältige Basis der Macht und Fortdauer der Nation, im Zustande schneller Erschöpfung seien. Alles, was bei der Verwendung von Kohle, Petroleum, Gas, Eisen und von Metallen im allgemeinen getan werden könnte, sei, daß man die Bestände, welche noch vorhanden seien, klug benutze. Von anderen natürlichen Hissquellen müßte demgegenüber ein derartiger Gebrauch gemacht werden, daß sie nicht nur in ihrem Bestand erhalten würden, sondern sich durch weitere Benutzung noch vermehren könnten. In dieser Hinsicht seien alle mannigfaltigen Verwendungen der natürlichen Hissquellen der Vereinigten Staaten so eng miteinander verknüpft, daß sie als Teile eines zusammenhängenden Ganzen und nicht nach Willkür behandelt werden dürften.

Eröffnung des amerikanischen Nationalkongresses.

Vom Präsidenten Roosevelt wurde eine Konferenz von Gouverneuren, Großindustriellen und sonstigen Sachverständigen eröffnet, die einberufen worden ist, um über die Erhaltung und Vermehrung der natürlichen Hissquellen des Landes zu beraten. Der Präsident führte in seiner Ansprache aus, daß die Bodenfläche Amerikas im Laufe eines Jahrhunderts durch ein förmliches Ausbeutungs- und eine damit verknüpfte Vergeudung des Nationalreichtums in einer Weise vermindert worden seien, daß in absehbarer Zeit ihre vollständige Erschöpfung eintreten müßte. Das Fortbestehen der Nation hänge von der Erhaltung des Landes ab. Die noch vorhandenen Bestände an Bodenschätzen (Kohle, Mineralien, Petroleum usw.) müßten daher mit äußerster Sparsamkeit ausgenutzt und von dem dem Pflanzen- und Tierreich ausge-



